

Krakauer Zeitung.

Nr. 214.

Donnerstag, den 18. September

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nr.; Stempelgebühr für jedes Einzelblatt 0 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

3. 691/pr.
Zu Gunsten der Abbrändler in Tylicz, Sandezer Kreises, sind bis zum 10. I. M. nachstehende Unterstützungsbeiträge eingeflossen:

	W. fl. kr.
Vom Bezirksamte Grybow	7 77
" Krzeszowice	7 11
" Myślenice	2 10
" Tyczyn	2 —
" Brzesko	1 50
" Dąbrowa	1 8
" Tuchów	— 73
von den Beamten der Sandezer k. k. Kreisbehörde	1 71
Zusammen	24 —

Diese Spenden sind bereits ihrer Bestimmung zugeführt worden.

Vom k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium.
Krakau, 16. September 1862.

Se. k. k. Apostol. Majestät haben mit der Altershöchsten Entschließung vom 14. September d. J. dem k. k. Kämme und Liquidator der Altershöchsten Privatfamilienfondsoffizier Johann Karl Smits bei seiner Übernahme in den wohlverdienten Ruhestand in Anerkennung seiner mehr als fünfzigjährigen treuen und erproblichen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone und die hierdurch erledigte Liquidators-Stelle dem Kajal-Offizial Franz Dörmer alsternächtig zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 18. September.

Die Denkschrift, welche von dem kais. Geschäftsträger zu Kopenhagen am 25. v. M. in der Angelegenheit der Herzogthümer gleichzeitig mit der vom dem kgl. preußischen Gesandten zugestellten Note, dem kgl. dänischen Minister des Neuherrn übergeben wurde lautet nach der „Donau Zeitung“:

Die im Herbst des vergangenen Jahres begonnenen Unterhandlungen zwischen den deutschen Mächtern und Dänemark haben bis jetzt eine Annäherung der entgegengesetzten Ansichten nicht zur Folge gehabt. Sie können und werden in der That diesen so wünschenswerten Zweck so lange nicht erreichen, als der Kopenhagener Hof nicht geneigt sein wird, endlich die Unausführbarkeit des Systems anzuerkennen, welches durch das Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 inauguriert, durch die am deutschen Bunde verlangte Nicht-Anwendung dieses Gesetzes auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg aber bereits aufs tiefste erschüttert worden ist.

Die deutschen Mächte die Anforderungen, die sie an die nächsten Entschlüsse Dänemarks zu stellen haben, nochmals bestimmt bezeichnen, ist es vielleicht an der Zeit, einen raschen Rückblick auf die Art zu werfen, wie jenes System entstanden ist, dann dessen Folgen zu betrachten, wie sie in der heutigen abnormalen Lage an den Tag treten.

Es ist notorisch, daß dem Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 der Sturz desjenigen Ministeriums vorausgehen mußte, welches sich die Ausführung der Vereinbarung von 1851/52 in gutem Glauben zur Aufgabe gestellt hatte. Dieses Ministerium — an seiner Spitze stand Dörsted, gewiß ein dänischer Patriot — ließ sein politisches Vermächtnis zurück in dem Vortrage, mit welchem es den Entwurf der Verordnung vom 26. Juli 1854 Sr. Majestät dem Könige unterlegte. Unumwunden sprach es vor dem Monarchen die Überzeugung aus, daß eine Gesamtverfassung von der Art, wie sie später unter der Verantwortlichkeit anderer Minister verkündigt wurde, zur Unordnung der deutschen Landesheile unter die dänischen führen müsse, daher weder mit der Gerechtigkeit noch mit den gegenüber Deutschland eingegangenen Verbindlichkeiten vereinbar sei. Aber das Ministerium Dörsted erlag dem Einstinkt der exaltirten national-dänischen Partei, welche im Reichstag des eigentlichen Königreichs herrschte. Schon dieser äußere Hergang enthält den Beweis, daß das Werk der Nachfolger dieses Ministeriums, die Verfassung vom 2. October 1855 nicht im Einklang mit der Vereinbarung von 1851/52, sondern im Gegensatz zu derselben ins Leben trat.

Nur zu sehr erwähnte sich von nun an jener wahrhafte Ausspruch von 1854. Dänemark hatte sich gegen die deutschen Mächte verpflichtet, die Gesamtverfassung der Monarchie durch Verhandlung mit dem dänischen Reichstage und Berathung mit den Provin-

zialständen der Herzogthümer zu Stande zu bringen. Die Stimmen aller Landesheile sollten also über die Konstituierung der Monarchie gehört werden, wie dies nicht anders als gerecht und billig war. Wie erfüllten aber die neuen Minister diese Verpflichtung? Sie verständigten sich zuerst indirect mit dem Reichstage des eigentlichen Königreichs, und octoirten dann den Herzogthümern das im specificch dänischen Interesse getroffene Compromiß, indem sie die Einflussnahme der Stände auf die Provinzialverfassungen beschränkten. Wer erinnert sich nicht jener Verhandlungen, in welchen den Ständen Schleswigs und Holsteins neue Provinzialverfassungen vorgelegt wurden, mit der Erlaubnis, Alles zu discutiren, nur nicht die Paragraphen, welche sich auf die Gesamtverfassung bezogen? Und nicht ohne Ursache blieb den Ständen der Herzogthümer der ihnen gebührende Einfluß auf das Zustandekommen der Gesamtverfassung vorenthalten. Nach der Vereinbarung von 1851/52 sollten die Herzogthümer als besondere Theile der Monarchie eine gleichgeordnete Stellung neben den anderen Theilen einnehmen, — das Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 dagegen drängte sie statt dessen gegenüber dem eigentlichen Königreich in eine Stellung beständiger Minorität, indem es einem Reichsrath schuf, von dessen 80 Mitgliedern dem Königreiche 47, den Herzogthümern zusammen 33 angehören sollten. Im Herzogthume Schleswig endlich wurde jener administrative Feldzug geführt, welcher für die dänische Sprache und Nationalität auf Kosten der deutschen, Boden gewinnen sollte, aber nur so bittere und wahllich nicht ungerechte Beschwerden gegen die Maßregeln der Regierung hervorrief.

Freies Gehör bei der Konstituierung der Monarchie, gleichberechtigte Stellung in der Gesamtverfassung, gleiches Recht für beide Nationalitäten in Schleswig. Dies war das wahre und eigentliche Wesen der Bürgerschaften, welche die deutschen Mächte nach den trauren Kämpfen der Jahre 1848 und 1849 zu Gunsten der Herzogthümer festgehalten hatten. Nur unter diesen Bedingungen war die frühere Verbindung Schleswigs mit Holstein aufzugeben, die Mitwirkung der deutschen Mächte zur Regelung der Erfolgefrage zu gestanden worden. Allein diesen Bedingungen aber hatte nunmehr der Kopenhagener Hof unter dem Drucke der national-dänischen Partei entgegengedバンド.

Man wende nicht ein, es sei dies alles nur die unabsehbare Frage des Übergangs zum constitutionellen Systeme gewesen. Die dänische Monarchie hatte

in Bezug auf einige ihrer Bestandtheile bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Auslande übernommen, welche die deutschen Mächte zu vertreten haben, bewußt ist. Denn sie spricht die Hoffnung aus, man werde sie nicht für einen Zustand verantwortlich machen wollen, der nicht durch ihren eigenen Willen, sondern durch die Beschlüsse des deutschen Bundes herbeigeführt worden

ist. Diese unbestreitbare Bestimmung mußte vom ersten Augenblicke an die Absicht der königlich-dänischen Regierung, die Verfassung, die für Holstein und Lauenburg aufgehoben worden war, für Dänemark und Schleswig fortbestehen zu lassen, zu einer rechtlichen Unmöglichkeit empeln. Keine Combination konnte ungünstiger sein, als ein dänisch-schleswiger Reichsrath, an welchem Holstein nicht Theil nahm. Mit einer Logik, welche schwer zu bekämpfen war, bewiesen die Stände von Holstein in einer Vorstellung vom 11. März 1859, diejenigen von Schleswig in einer Adress vom 11. Februar 1860, daß die für Holstein bestätigte Verfassung auch für Schleswig keine Gültigkeit behalten könne. Ja, wenn man genau die Erklärungen prüft, welche der Minister Hall zuletzt am 12. März d. J. nach Wien und Berlin gelangen ließ, so wird man erkennen, daß die Regierung Dänemarks selbst sich des vollkommenen Widerspruches zwischen dem jetzigen Status quo und den Rechten, welche die deutschen Mächte zu vertreten haben, bewußt ist. Denn sie spricht die Hoffnung aus, man werde sie nicht für einen Zustand verantwortlich machen wollen, der nicht durch ihren eigenen Willen, sondern durch die Beschlüsse des deutschen Bundes herbeigeführt worden

ist. Die deutschen Mächte können nimmermehr zugesagen, daß das Kopenhagener Cabinet sich der Verantwortlichkeit für die Folgen des seit 1855 von ihm befolgten Systems entschlagen könne. Wie Dem aber auch sei, jedenfalls steht fest, daß der dermalige Zustand der Verfassungsverhältnisse der dänischen Monarchie, die dem deutschen Bunde durch die Transaction von 1851/52 in Bezug auf die Herzogthümer erworbenen Rechte offen verletzt.

(Schluß f.) Die ministerielle Berliner „Sternzeit.“ bringt den Wortlaut des am 22. v. M. an den königlich preußischen Gesandten zu Kopenhagen gerichteten Erlasses zur Beantwortung der dänischen Depeche vom 12. März d. J. Sie meint, hierdurch werde am besten den Entwicklungen ein Ziel gesetzt werden, welche in der dänischen Presse veröffentlicht worden sind.

Der „Globe“ tritt in der schleswig-holsteinischen Frage sehr entschieden auf die Seite Dänemarks.

Die Forderungen Österreichs und Preußens — sagt er — sind an und für sich ein Akt der Zürdrigkeit.

Wir hätten gern sehen mögen, ob der deutsche Bund zur Zeit, als Hannover und England den-

niedergewieß die bloße Thatsache des Überganges zu einem

liberalen Regierungssysteme, welche den Handlungen

der Nachfolger des Ministeriums Dörsted bis zum heutigen Tage ihr charakteristisches Gepräge lieb.

Allerdings haben die dänischen Staatsmänner seit

jenem Umsturz von 1855 niemals zugegeben, daß

ihre Maßregeln dem Abkommen Dänemarks mit den

deutschen Mächten nicht entsprechend seien. Sie sind im

Gegenteil nicht sparsam gewesen mit Versuchen, die

Übereinstimmung ihrer Schritte mit diesem Abkommen

nachzuweisen. Nicht nur die ständischen Archive von

Kopenhagen, von Flensburg und Tønder, sondern auch

alle europäischen Kanzleien sind reich an solchen De-

ductioen. Aber diese Ausführungen konnten ihren

Zweck niemals erreichen. Die Thatsachen widerlegten

sie zu laut. Weder die Stände von Holstein und von

Schleswig, noch die Gabinete von Wien und Berlin,

noch die deutsche Bundesversammlung ließen sich über-

zeugen, daß dem Übereinkommen von 1851/52 Ge-

nüge geleistet worden sei. Es begann vielmehr jene

12. October in Lissabon sein, um der Hochzeit seiner Schwägerin beizuwohnen. Darin liegt ein Widerspruch; denn es ist unmöglich, daß er seine Excursion vornehme und schnell wieder zurückkehre, um jenen Festen beizuwohnen. Prinz Napoleon, will man wissen, habe eine doppelte Mission. Erstens soll er die Arbeiter auf der Landenge von Suez besuchen, Belohnungen, Geldspenden usw. verteilen und laut proklamieren, daß das Werk der Durchstreichung des Isthmus von Suez unter dem Schutz Frankreichs steht; dann soll er die Organisation einer Schiffstation leiten, welche, wie schon gemeldet, Frankreich gegenüber von Aden im rothen Meere errichten will. Man will auf dem dort angekaufsten Territorium eine Riede anlegen, Magazine und Kohledepots bauen für die französischen Fahrzeuge, die nach Indien segeln; auch ein Fort soll erbaut und eine kleine Garnison installiert werden. Alles dies war in Voraus mit dem Pascha von Egypten während seines Aufenthaltes in Paris geordnet. Das Project wurde Lord Palmerston bekannt. Lord Cowley erhielt den Auftrag, einige Gegenmerkmale zu machen, und so dürfte die Excursion des Prinzen nach dem ursprünglichen Programm schwerlich vor sich geben.

Der Marquis de Moustier soll sich in einem Briefe an den Kaiser über die Politik Thouvenel's in der serbischen und montenegrinischen Frage beschworen haben. Er schreibt dieser Politik die diplomatische Niederlage zu, welche Frankreich in der Konferenz erlitten hat. Von Paris aus soll Marquis de Moustier die Weisung zugegangen sein, in der montenegrinischen Angelegenheit gegen jede Übereinkunft zu protestieren, welche den Stipulationen von 1858 entgegen sei.

Der Schluss der Conferenzen in Konstantinopel war, wie die „Patrie“ meldet, in Paris bis zum 13. d. noch nicht offiziell angezeigt worden. Man kannte dort sogar noch nicht das Resultat der neunten Sitzung. Dagegen schreibt man der „Allg. Stg.“ aus Wien, daß aus Konstantinopel mit Bestimmtheit verlautete, die serbische Conferenz sei geschlossen. Frankreich ist von seinen zu weit gehenden Forderungen großtheils zurückgetreten. Aufgegeben werden blos die türkischen Festungen Sofol und Uschka. In Bezug auf Belgrads erlangt Serbien mäßige Concessionen. Die Beschlüsse liegen dem Sultan zur Genehmigung vor. An der Erteilung derselben ist nicht zu zweifeln.

Die „Indre. Belge“ hält es für möglich, daß in dem neuen französischen Cabinet, das nach des Kaisers Bade-Eur in Aussicht steht, Baguérionnière, eine wichtige Rolle spielen werde und sein neuester Brief in der „France“ (s. gestrige Nummer) als sein Programm in Bezug auf Italiens zu betrachten sei.

Die Patrie spricht sich heute mit aller Energie gegen den italienischen Bundesstaat aus, der, ihr zufolge, nur Österreich zu Gute komme. Sie sagt gerade das Entgegengesetzte von dem, was uns gestern der Comte de la Guérinière aufstieß. Ein Losungswort scheint also noch nicht gegeben zu sein.

Das mit Hartnäckigkeit wieder aufgetauchte Gericht von Unterhandlungen mit Österreich wegen Anerkennung Italiens wird von der A.W. mit Entscheidheit als unbegründet bezeichnet.

Aus Turin wird die Ankunft des nach dreijähriger Abwesenheit auf seinen Posten zurückgekehrten russischen Gesandten, Herrn v. Stakelberg, gemeldet.

An der Rückkehr des Herrn Benedetti nach Turin, schreibt man der „A.Z.“ fängt man mit jedem Tage mehr zu zweifeln. Sein Wegbleiben wird um so mehr bedauert werden, als es das beinahe unlückliche Symptom eines vollständigen Umschlags der kaiserlichen Politik wäre.

Der Turiner Corr. der „Ostdeutschen Post“ teilt die verbürgte Nachricht mit, daß Herr Ratazzi sich mit dem Könige Victor Emanuel über den Moment verständigt hat, wo er seine Demission einreichen wird und daß man im Stillen ein Ministerium Ricasoli vorbereitet. Herr Riccasoli hat sich unter dem Vorwande, eine Studienreise in Ackerbau-Angelegenheiten zu machen, nach England begeben. In der That handelte es sich darum, ein italienisches Anlehen in London einzuleiten; aber alle Thüren waren verschlossen, das Unternehmen mißglückte und Herr Riccasoli ist unverrichteter Sache hierher zurückgekommen. Ein Versuch der in Paris gemacht wurde, blieb eben so erfolglos, zumal da der französische Finanzminister erklärt, er werde ein neues italienisches Anlehen nicht an der Pariser Börse cotieren lassen, da der französische Markt überfüllt sei.

Man hat sich demnach hier entschlossen, mit einem Ministerium Riccasoli hervortreten, was eine Drohung gegen Napoleon III. wäre; zugleich wird man sich mit der ferneren Emission von Schakscheinen helfen,

Die Abreise des Prinzen Napoleon nach Egypten ist zweifelhaft geworden. Prinz Napoleon soll am

Nach weiteren Berichten der „R.-Z.“ aus Turin hat die dortige Regierung bis jetzt noch keine Note an das französische Gouvernement in Betreff der Räumung Roms gerichtet. Ueber die Frage wurde zwar berathen, aber der Zeitpunkt für nicht geeignet befunden, schon jetzt Frankreich zur Räumung Roms aufzufordern, und beschlossen, noch wenigstens einen Monat zu warten. Dagegen wurde von Turin aus ein Rundschreiben an alle diplomatischen Agenten Italiens abgesandt, worin aber nur Bericht über die letzten Ereignisse in Italien abgestattet wird.

Eine Turiner Correspondenz des „Constitutionnel“ berichtet zwei Angaben, die in den jüngsten Tagen ihren Weg in die Zeitungen gefunden haben. Erstens nämlich habe die Rückkehr des Hrn. Scialoja nach Turin nicht die politische Bedeutung, welche man ihr beilegen gewollt: er sei am Rechnungshofe angestellt, und seine bisherige Function in Paris werde an einen andern Commissär übergehen, der die Unterhandlungen bezüglich des Handelsvertrages fortsetzen werde. Sodann wird das augenblickliche Bedürfnis einer Anleihe für die Regierung Victor Emanuels in Abrede gestellt. Die darüber verbreiteten Gerüchte seien ungenau; der italienische Schatz vermöge für seine Bedürfnisse aufzukommen; erst im nächsten Frühling könne möglicher Weise von einem Anlehen die Rede sein, falls man sich nicht etwa entschließe, zum Verkauf der Staatsseisenbahnen zu schreiten anstatt den Staatscredit in Anspruch zu nehmen.

Victor Emanuel, schreibt man der „Ostdeutschen Post“ aus Turin, hat an Garibaldi einen vertraulichen Brief geschrieben; aber Garibaldi ist so leidend und so exaltiert, daß seine Tochter Teresa noch nicht gewagt hat, ihm das Schreiben des Königs zu übergeben, weil sie fürchtet, es möchte ihn zu tief erregen.

Garibaldi soll (was nach Obigem nicht sehr wahrscheinlich ist) ein Schreiben an den König gerichtet haben, dessen Inhalt im wesentlichen folgender sei: Garibaldi verlangt nach seiner und seines Sohnes Genehmigung ins Ausland zu gehen, weil es ihm unmöglich sei, für das monarchische Italien fernher zu wirken.

Sollte er vor ein Gericht gestellt werden, so werde er die Fragen derselben nicht beantworten und ein absolutes Schweigen beobachten. Schließlich sagt der Ex-Dictator, daß er stets für ein volksthümliches freies Italien, aber nicht für eine von Intriquanten und Ausländern beherrschte Monarchie gefochten habe, welche die Idee der Einheit in Missredit und Victor Emanuel um seine Krone bringen wird.

Ein Correspondent der „Patrie“ widerspricht der Behauptung englischer Journale, Garibaldi habe unter

seinen Papieren einen Brief des Königs, durch welchen er zu seinem tollen Unternehmen aufgemuntert wurde. Der König soll aber dem genannten Correspondenten zufolge schon seit 1861 an Garibaldi nicht geschrieben und ihm vielmehr immer indirekt zu verstehen gegeben haben, daß eine Schilderung ihm Verdruß machen und für Italien unglückliche Folgen haben würde.

Der österreichische Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Frhr. v. Menshengen, hat in diesen Tagen dem Bundesrat eine Note seiner Regierung, betreffend die Rheinreformation, überbracht. Dieselbe wiederholt die dem eidgenössischen Gesandten in Wien, Hrn. Steiger, schon gemachte Zusicherung, daß Österreich zur Ausführung des großen Unternehmens seine Hand bieten werde.

Nach Berichten aus Spanien tritt dort der Franzosenhaß immer heftiger auf. Man spricht von einer Subscription zur Errichtung eines Monuments zum Andenken an den spanischen Aufstand gegen die Franzosen im Mai 1809.

Die oft erwähnte Adresse geht von den seit einigen Tagen in Warschau weilenden vornehmsten Repräsentanten des grundbesitzenden Adels, größtentheils Mitglieder des nach Ausbruch der Unruhen aufgelösten agronomischen Vereins aus, welche berufen (?) wurden, um sich über die Wünsche des Landes vernehmen zu lassen. In jener Adresse, die in zahlreichen Handschriften von Hand zu Hand geht, ist nach der „Schles. Ztg.“ ausgesprochen, daß nur die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens in den ihm von der Natur angewiesenen Grenzen die Wünsche des Landes befriedigen könne. Leider ist die Regierung außer Stand, diesem kleinen Wunsch zu entsprechen. Wir haben schon vorgestern eine ähnliche Andeutung über den Inhalt der Adresse in einer Warschauer Correspondenz der „N. P. Z.“ gefunden und als kaum glaubhaft unerwähnt gelassen.

Gerüchtweise erfährt der „Gaz“^s, daß in der Wohnung des Grafen Andreas Zamoyski in Warschau vor seiner auf kaiserlichen Befehl 15. d. Nachmittags erfolgten Abreise nach Petersburg, wohin ihn sein Sohn Stanislaw begleitete, eine polizeiliche Haussuchung vorgenommen wurde.

Krakau, 18. September.
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. d. Mis. der Czernowitzker Sparkasse die Belehnung von galizischen Pfandbriefen mit dem in der Allerhöchsten Entschließung vom 12. Jänner 1852 ausgedrückten Selbstbefriedigungsberecht, ferner die Belehnung von Gold- und Silbermünzen, insosfern dieselben in Österreich überhaupt Gegenstand des Handels sein dürfen, unter den in der Allerhöchsten Entschließung vom 5. September 1853 enthaltenen Bedingungen und die Anwendung des obigen Selbstbefriedigungsberechtes auch auf diese Gold- und Silbermünzen allgemein zu gestatten geruht.

Verhandlungen des Reichsrates.

Der Finanzausschuss für das Budget 1862 hat, wie gestern erwähnt, am 16. d. das Finanzgesetz 1862 in Berathung gezogen. Bekanntlich liegt ein Entwurf

vor, der vom General-Berichterstatter Dr. Taschel herführt. Diesem gegenüber ist heute von der Regierung ein Gesetz eingebracht worden, das wesentliche Verschiedenheiten aufweisen soll. Zuerst findet sich in demselben die auch bei anderen Gesetzen übliche Formel: „Nach Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes;“ dem folgt die Feststellung des Ausgabenbudgets, der Bedeckungssumme und die Bedeckung des Deficits. Ferner wird festgestellt, daß Übertragungen aus einer Rubrik in die andere — es gilt dies auch bei der Bedeckung — nicht zulässig sind. Der Finanzausschuss hat sich sehr bereitwillig gezeigt, die von der Regierung vorgeschlagene Stylisierung zu adoptiren. Fünf Artikel des Gesetzes wurden brathen, über welche es auch zur Beschlusssatzung kam.

Bor definitiven Beschlüssen liegt sonst kein anderer vor. Hingegen kam es im Laufe der Debatte zu sehr animirten Erörterungen. Zunächst handelte es sich um die von dem Abgeordnetenhaus gestrichenen oder reduzierten Posten, welche das Herrenhaus wieder zu restituieren zu müssen geglaubt hat. Selbstverständlich hielt man daran fest, daß die vom Abgeordnetenhaus abgesetzten Summen als nicht bewilligt zu betrachten seien. Die Regierung, welche durch Schmerling, Lasser, Reichberg und Plener vertreten war, hat sich mit dieser Ansicht einverstanden erklärt; der Staatsminister hat nämlich eine Erklärung in diesem Sinne abgegeben. Die darüber verbreiteten Gerüchte seien ungenau; der italienische Schatz vermöge für seine Bedürfnisse aufzukommen; erst im nächsten Frühling könne möglicher Weise von einem Anlehen die Rede sein, falls man sich nicht etwa entschließe, zum Verkauf der Staatsseisenbahnen zu schreiten anstatt den Staatscredit in Anspruch zu nehmen.

Victor Emanuel, schreibt man der „Ostdeutschen Post“ aus Turin, hat an Garibaldi einen vertraulichen Brief geschrieben; aber Garibaldi ist so leidend und so exaltiert, daß seine Tochter Teresa noch nicht gewagt hat, ihm das Schreiben des Königs zu übergeben, weil sie fürchtet, es möchte ihn zu tief erregen.

Garibaldi soll (was nach Obigem nicht sehr wahrscheinlich ist) ein Schreiben an den König gerichtet haben, dessen Inhalt im wesentlichen folgender sei: Garibaldi verlangt nach seiner und seines Sohnes Genehmigung ins Ausland zu gehen, weil es ihm unmöglich sei, für das monarchische Italien fernher zu wirken.

Sollte er vor ein Gericht gestellt werden, so werde er die Fragen derselben nicht beantworten und ein absolutes Schweigen beobachten. Schließlich sagt der Ex-Dictator, daß er stets für ein volksthümliches freies Italien, aber nicht für eine von Intriquanten und Ausländern beherrschte Monarchie gefochten habe, welche die Idee der Einheit in Missredit und Victor Emanuel um seine Krone bringen wird.

Ein Correspondent der „Patrie“ widerspricht der Behauptung englischer Journale, Garibaldi habe unter

seinen Papieren einen Brief des Königs, durch welchen er zu seinem tollen Unternehmen aufgemuntert wurde.

Der König soll aber dem genannten Correspondenten zufolge schon seit 1861 an Garibaldi nicht geschrieben und ihm vielmehr immer indirekt zu verstehen gegeben haben, daß eine Schilderung ihm Verdruß machen und für Italien unglückliche Folgen haben würde.

Der österreichische Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Frhr. v. Menshengen, hat in diesen Tagen dem Bundesrat eine Note seiner Regierung, betreffend die Rheinreformation, überbracht. Dieselbe wiederholt die dem eidgenössischen Gesandten in Wien, Hrn. Steiger, schon gemachte Zusicherung, daß Österreich zur Ausführung des großen Unternehmens seine Hand bieten werde.

Nach Berichten aus Spanien tritt dort der Franzosenhaß immer heftiger auf. Man spricht von einer Subscription zur Errichtung eines Monuments zum Andenken an den spanischen Aufstand gegen die Franzosen im Mai 1809.

Die oft erwähnte Adresse geht von den seit einigen Tagen in Warschau weilenden vornehmsten Repräsentanten des grundbesitzenden Adels, größtentheils Mitglieder des nach Ausbruch der Unruhen aufgelösten agronomischen Vereins aus, welche berufen (?) wurden, um sich über die Wünsche des Landes vernehmen zu lassen. In jener Adresse, die in zahlreichen Handschriften von Hand zu Hand geht, ist nach der „Schles. Ztg.“ ausgesprochen, daß nur die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens in den ihm von der Natur angewiesenen Grenzen die Wünsche des Landes befriedigen könne. Leider ist die Regierung außer Stand, diesem kleinen Wunsch zu entsprechen. Wir haben schon vorgestern eine ähnliche Andeutung über den Inhalt der Adresse in einer Warschauer Correspondenz der „N. P. Z.“ gefunden und als kaum glaubhaft unerwähnt gelassen.

Gerüchtweise erfährt der „Gaz“, daß in der Wohnung des Grafen Andreas Zamoyski in Warschau vor seiner auf kaiserlichen Befehl 15. d. Nachmittags erfolgten Abreise nach Petersburg, wohin ihn sein Sohn Stanislaw begleitete, eine polizeiliche Haussuchung vorgenommen wurde.

Krakau, 18. September.
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. d. Mis. der Czernowitzker Sparkasse die Belehnung von galizischen Pfandbriefen mit dem in der Allerhöchsten Entschließung vom 12. Jänner 1852 ausgedrückten Selbstbefriedigungsberecht, ferner die Belehnung von Gold- und Silbermünzen, insosfern dieselben in Österreich überhaupt Gegenstand des Handels sein dürfen, unter den in der Allerhöchsten Entschließung vom 5. September 1853 enthaltenen Bedingungen und die Anwendung des obigen Selbstbefriedigungsberechtes auch auf diese Gold- und Silbermünzen allgemein zu gestatten geruht.

sation erregte bei dem Auditorium die Neuerung des Abgangs, nach „alsdägiger Verwerfung seines R. censes, „her nach Frankreich als nach Russland gehen zu wollen,“ welch sich angeblich die Politik der gegenwärtigen russischen Regierung mit der seinen nicht verträgt.“

Deutschland.

Aus Berlin, 16. September, wird gemeldet: Im Abgeordnetenhaus sprach Westen für Aufrechthaltung der Organisation, provisorische Fortbewilligung und zweijährige Dienstzeit. Minister v. d. Heydt vertheidigte sich gegen die Verdächtigung, daß die Regierung einen Verfassungsbruch intendiere. Sie wünsche ein verständiges Zusammenspielen, aber die Aufführung der Commissionsbeschlüsse sei unmöglich. Die Regierung wäre glücklich, könnte sie weiter entgegenkommen, und wünsche, daß das Haus nicht ein Votum herbeiführe, welches etwas veranlaßte, was nicht grade in der Verfassung geschrieben steht. (Aufsehen.) Der Kriegsminister bestätigte, daß die Regierung die Organisation aufrecht erhalten mußte, und nicht auf den Standpunkt von 1859 zurückgehen konnte. Plaßmann stellte das Amendment, die Beschlussnahme über das Extraordinarium auszuschieben, bis die Regierung die Reorganisation gesetzlich mit dem Landtag vereinbart habe. Die allgemeine Discussion wird geschlossen.

Einem Berliner Telegramm vom 16. d. Abends entnehmen wir folgendes: Bei der ersten Abstimmung über die Mehreinnahmeposition wegen Reorganisation fand eine principielle Sonderung der Parteien statt. Der Commissionsantrag wurde mit 273 gegen 68 Stimmen angenommen. In der Minorität befanden sich die Fraktionen Vincke und Rönne, außerdem die Abgeordneten Grabow, Mallinckrodt, Plaßmann, Röppel, beide Reichensperger, Westen, Sybel, Stavenhagen. Der Reichensperger'sche Präjudicialantrag wurde gegen 20 Stimmen dafür abgelehnt.

Nach der „Börsen-Ztg.“ beabsichtigt der Handelsminister v. Holzbrink zurückzutreten.

Die zu Homburg am 15. d. stattgefunden Generalversammlung der Actionäre der dortigen Spielbank hat den Antrag der Regierung auf Beschränkung des öffentlichen Spiels und auf allmäßliche Amortisation der Gesellschaftsaktien abgelehnt.

Betreffend die Aufhebung der Verfassung von 1848 und den gegenwärtigen Verfassungszustand im Herzogthum Anhalt-Dessau-Köthen ist von Professor Pernice in Görlitz eine Denkschrift ausgearbeitet und mittelst offizieller Verbindung den deutschen Bundesregierungen, den inländischen Behörden, Gemeinden &c zugefertigt worden.

Joseph Rank erklärt, daß der von ihm bisher redigierte Nürnberger Kurier sich mit der Nürnberger Abendzeitung verschmelzen werde. Das Blatt gehört der großdeutsch-liberalen Richtung an.

In der neuesten Nummer der Wochenschrift des Nationalvereins nicht dessen Geschäftsführer F. Streit bekannt, daß die diesjährige Generatversammlung des Vereins am 6. und 7. October in Coburg abgehalten werden wird.

Ihre Maj. die Königin von England, schreibt man der Leipzig. Ztg., hält sich im Schloß zu Reinhardtsbrunn, das nebst allen Nebengebäuden zu ihrer Disposition gestellt ist, in großer Zurückgezogenheit. Die Zugänge zum Schloß und zu seinen nächsten Umgebungen sind durch grüne Eisengitter abgesperrt. Beigünstigem Wetter macht die Königin kleinere Ausfahrten in der nächsten Umgebung. Sie war nebst ihren Kindern noch tief schwarz gekleidet. Se. Hoheit der Herzog von Coburg-Gotha wohnt während des Aufenthalts der Königin in der Besitzung des Raths Sparr zu Friedrichsrode, dem sogenannten Schweizerhaus, wo die Königin auch gewöhnlich dinirt. Die Königin hat in diesen Tagen im strengsten Incognito eine Erzieherin ihrer Kinder in Gotha mit ihrem Besuch befreit und dort lange verweilt.

Wie aus München, 16. d., berichtet wird, reist Ihre Majestät die Königin von Neapel in der nächsten Woche nach Rom.

Frankreich.

Paris, 14. September. Die Correspondence Hawas-Bullier schreibt: „Verschiedene Blätter melden seit einigen Tagen, daß Ende des nächsten Monats allgemeine Wahlen stattfinden sollen, und bezeichnen sogar schon den 26. October als den dafür anberaumten Tag. Wir glauben zu wissen, daß diese Gerüchte unbegründet sind. Es würde außerdem schon der Administration bis dahin an und für sich an Zeit fehlen, um die vorher nötigen Formalitäten zu erfüllen, wenn selbst die Regierung die Absicht hätte, das zu thun, was man voraussetzt.“ — Die Reise des Prinzen Napoleon unterbleibt entweder ganz oder wird so abgekürzt, daß er Ende October, wie es heißt, der Wahlen wegen, wieder nach Paris zurückkehrt. — Herr von Chasseloup-Laubat, Marineminister, ist nach Biarritz abgereist. Die Reise desselben hat Bezug auf die mexicanische Expedition. Die dortige französische Armee soll nahe auf 60,000 Mann gebracht werden. — In ihrem Annoncebrief zeigt heute „La France“ 12,000 Abonnenten an, den in Paris sehr starken Verkauf einzelner Nummern in den Gassen und auf den Bahnhöfen ungetrennt. Dieser Verkauf beträgt regelmäßig 3000 Exemplare. „La France“ kommt also mit ihrem Absatz der Patrie schon sehr nahe. Ihr Absatz würde noch größer sein, wenn ihre Pressen noch mehr Exemplare am selben Abend liefern könnten. In der Vorauflage, daß bei den Wahlen der Absatz noch bedeutend zunehmen werde, läßt die Verwaltung von „La France“ Pressen auffstellen, welche vom 1. October an 30,000 Exemplare bilden, zwei bis drei Stunden liefern. — Die Session der Generaträthe ist geschlossen; dieselben haben sich ausschließlich mit praktischen Fragen beschäftigt. — Die Nachricht, daß Baron Brionier, der vormalige französische Gesandte am Hofe zu

Neapel, mit einer besonderen Mission in letzter Stadt angekommen sei, wird von gutunterrichteter Person in Abrede gestellt. Ob Victor Emanuel aus Anlaß der Laufe seines Enkels nach Frankreich kommen wird, hängt von den Zuständen Italiens ab. In höheren Kreisen zu Paris scheint man nicht zu glauben, daß der König die Reise unternehmen werde.

In einem langen Artikel, welchen „La France“ vom 13. Sept. über Preußen bringt, und in welchem sie sich gleich unbefriedigt über die auswärtige Politik und die inneren Verhältnisse des Landes ausspricht, vor dem Streben nach Hegemonie in Deutschland warnt, und es als ein Glück für Europa preist, daß Österreich als conservatives Element den liberalen und fortgeschrittenen (?) Preußen die Waage halte, findet sie es bei Besprechung der inneren Verhältnisse unter Anderem auffallend, ein Parlament zu haben, das nicht sowohl die Entwürfe dieses oder jenes Ministers, als vielmehr Alles, was es der königlichen Initiative entspringt glaubt, angreift und durch eine unvernünftige, leidenschaftliche und persönliche Opposition allen von dem Souverain getroffenen Beschlüssen Hemmnisse bereitet. So sieht man jetzt schon in diesem parlamentarischen Musterregiment, wie eine der democratichen Idee entsprungene Kammer der Regierung die Mittel zur Umgestaltung des Heeres und der Flotte gerade in demselben Augenblick verweigert, wo sie von der Regierung die kräftigsten Anstrengungen zu Gunsten der Armeen und Marine-Reform erhebt. Durch eine eigenhümliche Inconsequenz wollen die Vertreter der Nation die Regierung zur Vertheidigung des Landes gegen eingebildete Gefahren nötigen, während sie auf der anderen Seite deren Vorwände zurückweisen, ihre das nötige Geld verweigern und nichts an die Stelle dessen zu setzen wissen, was sie mit ebenso großer Hartnäckigkeit zurückweisen, als es die Regierung vorschlägt.“

Portugal.

Die portugiesischen Cortes haben den Heiratsvertrag des Königs mit der Prinzessin Maria Pia von Savoyen, dem „Schwengel Italiens“, einstimmig genehmigt und beide Kammern haben Deputation zur Beglückwünschung des Königs gewählt. Eben so haben die Cortes die Erhebung des portugiesischen Reges in Turin zu einer Ministerresidentur zweiter Klasse beschlossen und sie dann bis zum 2. Novbr. vertragt. Am 25. Nov. wird die portugiesische Flottille im Hafen von Genua erscheinen, um die zukünftige Königin von Portugal abzupolen, der dann auch ein aus acht Kriegsschiffen bestehendes italienisches Geschwader das Geleit nach Lissabon geben wird.

Großbritannien.

London, 16. Sept. Nach dem „Advertiser“ hat das Garibaldische Comité für nächsten Donnerstag in London ein Meeting arrangiert, um der Sympathie für Garibaldi Ausdruck zu geben.

In der Times liegt ein ausführlicher Bericht über den Nothstand der Arbeiter von Stockport (bei Manchester) vor. Er gleicht in seinen Hauptzügen den aus anderen Orten mitgeteilten. Noth überall, hungrige Gesichter, leere Straßen, unbezahlte Miete, geschlossene Läden, viel Bettelreihe, ungenügende Unterstützung, dabei vortreffliche Haltung der Arbeiter, und was sich nicht von allen Orten sagen läßt: große Mildehätigkeit der Fabrikseigentümer. Auch in Stockport hat, seit die Fabriken ganz und teilweise feiern, die Zahl der Verbrechen und Polizei-Uebertritte abgenommen, und was sehr tröstlich ist, die Zahl der Kranken- und Todessfälle hat sich nicht vermehrt. (Aus Australien sind jetzt schon ganz ansehnliche Beiträge zur Einderung der Noth unter den Arbeitern eingegangen.)

Nach Berichten aus London soll Zute, der seit einer Reihe von Jahren aus Indien eingeführte, bis jetzt zu Säcken und Teppichen verarbeitete Faserstoff, jetzt dazu berufen sein, die Baumwolle, wenn auch nicht zu verdrängen, doch entbehrlich zu machen. Die Faser von Zute ist zwar etwas brüchiger Natur, doch sollen die Herren Thomon und Comp. in Dundee eine Methode entdeckt haben, durch welche die einen Lebstande abgeholzen und der genannte Stoff wie Baumwolle, entweder allein oder mit Seide und Schafwolle, verwebt werden kann. Bewährt sie sich, dann kann so viel Zute, als man nur immer haben will, aus Indien eingeführt werden. Schon jetzt kommen davon 70—80,000 Tonnen jährlich nach Europa, zu meist aus dem östlichen Bengal, doch gedeihet es auch an anderen Orten Indiens in Menge.

Italien.

Nach Berichten aus Turin vom 14. d. hat General Brignole darum gebeten, ihm seine Civilfunctionen in Sicilien abzunehmen. Staatsrat Monale ist zum königlichen Commissar in Palermo mit Präfekturmacht ernannt worden.

In einem Artikel über Garibaldi nennt der Examiner den König Viktor Emanuel den „Er-Monarchen von Nizza und Savoyen“, so wie „Se. vice-königliche Majestät“ und spricht von seinem „kaiserlichen Sozeign“. Der Observer spricht von dem „Proconsul des Kaisers der Franzosen in Italien“ und bemerkt: „Die Wunden Garibaldi's sind in so abschätzlicher und hysterischer Weise vernachlässigt worden, daß man in unwiderstehlicher Weise zu dem Schlusse gedrängt wird, der Proconsul habe von seinem Herrn den Befehl erhalten, den italienischen Helden sache aus der Welt zu schaffen.“ Nicht ganz so stark drückt sich in Bezug auf letzteren Punkt der Examiner aus. Doch auch er schreibt: „Es würde ohne Zweifel manchen der B

Amtsblatt.

N. 5247. Edict. (4136. 3)

Vom k. k. Kreisgerichte zu Rzeszow wird bekannt gegeben, es habe Udel Engländer gegen Jonas Brandstätter aus Rudnik eine Klage wegen Zahlung einer Wechselsumme von 217 fl. 54 kr. ö. W. f. N. G. am heutigen Tage überreicht; in Folge dessen dem Jonas Brandstätter, da sein Aufenthalt unbekannt ist, als Curator hr. Jur. Dr. Lewicki mit Substitution des hrn. Jur. Dr. Zbyszewski bestellt, und jenem die Klage sammt dem gleichzeitig erlassenen Auftrage zur Zahlung, oder im Falle der Einwendungen, zur Sicherstellung zugestellt worden ist.

Hievor wird Gelegter Jonas Brandstätter mit der Aufforderung in Kenntnis gesetzt, daß er entweder selbst, oder durch den Curator, oder mittelst eines andern von ihm gewählten Rechtsfreundes zu seiner Vertheidigung das Nöthige veranlaßt und dem Gerichte von seinem Aufenthalte Kenntnis gebe.

Rzeszow, am 4. Sept. 1862.

N. 10143. Kundmachung. (4148. 3)

Am 3. October 1862 Vormittags wird wegen Verpachtung der Verzehrungssteuer vom Fleischverbrauche in dem aus 31 Ortschaften bestehenden Pachtbezirk Alt-Sandec auf die Zeit von drei Jahren, nämlich vom 1. November 1862 bis dahin 1865 mit dem Vorbehalt des Rechtes der wechselseitigen Aufkündigung vor Ausgang eines jeden Verwaltungs-Jahres hieramts eine öffentliche Licitation abgehalten.

Der Austrufpreis beträgt jährlich 1489 fl. 37 kr. — Das 10%ige Badium 149 fl.

Bon der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Neu-Sandez, am 9. September 1862.

N. 49039. Kundmachung. (4146. 3)

An dem städtischen Franz Josephs-Gymnasium in Drohobycz sind nachstehende Dienstposten zu besetzen:

1. Eine Directorsthalle mit dem Gehalte jährlicher 1155 fl.;

2. drei Lehrerstellen mit dem Gehalte jährlicher 735 fl. für philologische Lehrfächer.

Mit allen diesen Dienstposten ist nebstbei, wie an Staatsgymnasien, der Anspruch auf Jahrzehntzulagen und normalmäßigen Ruhegenuss nach vollstreckter Dienstzeit verbunden.

Zur Besetzung derselben wird hiemit der Concurs-Termin bis 20. Sept. l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um die genannten Dienstposten haben bis dahin ihre instruierten Gesuche unter Nachweisung der gesetzlichen Lehrbefähigung, bisher geleisteten Dienste, Kenntnis der Landessprachen und ihre tadellose sittliche und staatsbürglerliche Haltung unmittelbar oder wenn sie bereits in öffentlicher Bedienung stehen, im Wege ihrer vorgesetzten Behörde bei der k. k. galiz. Statthalterei in Lemberg einzubringen.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 5. August 1862.

N. 4564. Kundmachung. (4106. 3)

Im Nachhange zu der Kundmachung des hohen k. k. Handelsministeriums vom 10. Juli 1862 betreffend die Aktivierung des neuen türkischen Eingangs- und Ausgangstarifs für den österreichischen Handel wird in Folge Erlasses des hohen Handelsministeriums vom 24. Juli 1862 S. 585 bekannt gegeben, daß nach einer Eröffnung des Ministeriums des Neufers die offiziellen Erklärungen über die Annahme und Genehmigung des Tarifs in Konstantinopel am 6. Juli 1862 mit der Verabredung ausgewechselt worden sind, daß dessen siebenjährige Dauerzeit von dem bemerkten Tage an zu beginnen hat.

Gleichzeitig wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß von der türkischen Regierung mittelst der Ministerial-Eklärung vom 6. Juli 1862 für Schwefel jeder Gattung, welcher aus Österreich in die Türkei eingeführt wird, ein 12½ percentiger Nachlaß von den betreffenden Werthbestimmungen des neuen Tarifes eingeräumt worden ist.

Bon der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 1. Septbr. 1862.

N. 3881. Kundmachung. (4118. 3)

Vom k. k. Bezirksamt Kenty wird hiemit bekannt gegeben, daß zur Sicherstellung der Bespeisung der Häftlinge auf die Dauer vom 1. November 1862 bis letzten October 1863 in der k. k. Bezirksamtskanzlei eine Minuendo-Licitationstagfahrt am 30. Septbr. 1862, und im Falle des Misserfolgs eine zweite Tagfahrt am 13. October 1862 und eine dritte am 20. October 1862, jedesmal 9 Uhr Vormittags hieramts abgehalten werden wird.

Das vor Beginn der Licitationstagfahrt zu erlegenden Badium beträgt 150 fl. öst. W. und es wird bemerkt, daß während der Licitation auch gehörig ausgefertigte, und mit dem Badium versehene schriftliche Offerte werden angenommen werden, nach Abschluß der mündlichen Licitation aber keine Offerte mehr angenommen werden.

Unternehmungslustige werden zu dieser öffentlichen Licitation eingeladen, und zugleich bemerkt, daß die diesjährigen Licitationsbedingnisse zu den gewöhnlichen Amtsständen in der hieramtlichen Registratur eingesehen werden können.

Kenty, am 6. Sept. 1862.

L. 12673. E dy k t. (4091. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski czyni niniejszym edyktem wiadomo, iż celem zaspokojenia pretensji p. Stefana Witkowskiego w kwocie 1155 zł. zpn. zezwala się na sprzedaż przymusową realności w Tarnowie na przedmieściu Zawale pod Lk. 29 położonej Freidzie Beile Finkelstein i spadkobiercom po Salomonie Finkelstein własności w trzecim terminie niżej cenę szacunkową w kwocie 15,116 zł., pod warunkami w edyktie z dnia 7 maja 1862 l. 4047 ogłoszonemi wyznaczając termin na dzień 24 października 1862 o godzinie 9ej rano z tym dodatkiem iż każdy chęć kupienia mający winien jest złożyć sumę 1510 zł. tytułem zakładu w gotówce lub w papierach rządowych lub też w listach zastawnych według wartości kursowej i że akt oszacowania i wy ciąg tabularny w registraturze tutejszego sądu przejrzeć można.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 27 sierpnia 1862.

L. 3098. Obwieszczenie (4122. 3)

W sprawie egzekucyjnej Efroima Feita przezw. W. Felicji Bobrowskiej o należytosć wekslową 525 zł. 525 zł. odbędzie się w skutek prośby Efroima Feita na dniu 20 października 1862 godzinę 9ej rano, w zabudowaniu urzędowem 3cia licytacyja ruchomości, jakoto: 10 korey koniczu, 60 korey pszenicy, 40 korey żyta i 20 korey jęczmienia razem na 720 zł. i 680 zł. ocenionych z tem nadmieniem, iż sprzedaż także poniżej wartości mieści może.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Pilzno, dnia 11 września 1862.

N. 10270. Kundmachung. (4155. 1-3)

Am 14. October 1862 Vormittags wird wegen Verpachtung der Fleischsteuer in dem aus 60 Ortschaften gebildeten Pachtbezirk Gorlice auf die Zeit vom 1. November 1862 bis 31. October 1865 mit dem Vorbehalt des Rechtes der wechselseitigen Aufkündigung vor Ausgang eines jeden Verwaltungs-Jahres eine öffentliche Licitation hieramts abgehalten werden.

Der Austrufpreis beträgt jährlich 2919 fl. 96 kr. öst. W. Das Badium 292 fl. ö. W.

Die übrigen Bedingnisse können hieramts und bei allen k. k. Finanzwache-Commissionen dieses Finanzbezirkes und den k. k. Bezirks-Amttern eingesehen werden.

Bon der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Neu-Sandez, am 12. September 1862.

N. 10293. Kundmachung. (4156. 1-3)

Am 21. October 1862 Vormittag, wird wegen Verpachtung des Bezuges der Verzehrungssteuer vom Fleischverbrauche in dem aus 51 Ortschaften bestehenden Pachtbezirk Dukla auf die Zeit von 3 Jahren, nämlich vom 1. November 1862 bis 31. October 1865 mit dem Vorbehalt des Rechtes der wechselseitigen Aufkündigung vor Ausgang eines jeden Verwaltungs-Jahres hieramts eine öffentliche Licitation hieramts abgehalten werden.

Der Austrufpreis beträgt jährl. 2043 fl. 73 kr.

Die sonstigen Bedingnisse können hieramts und bei den Finanzwache-Commissionen dieses Finanzbezirkes ein- gesehen werden.

Bon der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Neu-Sandez, am 13. September 1862.

Nr. 6464. Licitations-Ankündigung. (4150. 1-3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Wadowice wird bekannt gemacht, daß wegen Verpachtung der Verzehrungssteuer vom Wein- und Fleischverbrauche in den 15 Pachtbezirken des diesjährigen Umtsbereiches auf die Dauer von drei Jahren d. i. vom 1. November 1862 bis Ende October 1865, jedoch mit Vorbehalt des Rechtes der wechselseitigen Aufkündigung vor dem Ausgang eines jeden Verw.-Jahres in der gesetzlichen Frist die öffentliche Versteigerungen an nachstehend bezeichneten Tagen werden abgehalten werden:

Am 30. September 1862

a) Wein fl. b) Fleisch fl.

Austrufpreis 1075 — 3017 Vormittags

112 — 357 "

502 — 2013 "

230 — 1092 Nachmittags

362 — 1401 "

Am 2. October 1862

Austrufspr. 527 — 3098 Vormittags

267 — 2801 "

191 — 852 "

362 — 1708 Nachmittags

36 — 294 "

Am 6. October 1862

Austrufpreis 39 — 171 Vormittags

160 — 1003 "

122 — 1058 "

301 — 969 Nachmittags

490 — 1239 "

Die Licitations-Bedingnisse können hieramts, dann bei jedem k. k. Finanzwache-Commission für dieses Finanz-Bezirk vor eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Wadowice, am 12. September 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Raum red.	Temperatur noch Raumur	Specielle Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Änderung der Wärme im Laufe d. Tage von + bis
17	331 19	+ 15°9	65	Nord-Ost schwach	trüb		+ 6°9 + 16°8
10	31 91	+ 12°4	81	Nord			
18	32 48	+ 11°0	84	"			

3. 27979. Kundmachung. (4151. 2-3)

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß zur Sicherstellung der Verfrachtung der Tabak-Verschleißgüter zu den in Ostgalizien und der Bukowina befindlichen k. k. Tabak-Magazinen für das Sonnenjahr 1863 das ist vom 1. Januar bis Ende December 1863, die Offert-Verhandlung mit dem Vermine bis einschließlich 8. October 1862, 6 Uhr Abends eröffnet wird.

Die Stationen aus und zu welchen die Verfrachtung stattzufinden hat, die beiläufige Gewichtsmenge, die Wegestrecke und das Badium, so wie die übrigen Licitations- und Vertrags-Bedingungen können nicht nur bei den ost- und westgalizischen Finanz-Bezirks-Directionen und der Finanz-Bezirks-Direction in Czernowitz, dann den Finanz-Landes-Directionen in Lemberg, Krakau, Brünn, Prag und Wien, sondern auch bei alle Tabak-Magazinen ein- gesehen werden.

Bon der k. k. Finanz-Landes-Direction für Ostgalizien und die Bukowina.

Lemberg, am 2. September 1862.

N. 10269. Kundmachung. (4154. 2-3)

Am 14. October 1862 Nachmittags, wird wegen Verpachtung des Bezuges der Verzehrungs-Steuer vom Fleischverbrauche in dem aus 31 Ortschaften gebildeten Pachtbezirk Biecz auf die Zeit vom 1. November 1862 bis dahin 1865 mit dem Vorbehalt des Rechtes der wechselseitigen Aufkündigung vor Ausgang eines jeden Verwaltungsjahres hieramts eine öffentliche Licitation abgehalten werden.

Der Austrufpreis ist der Betrag jährlicher 1289 fl. 57 kr.

Die sonstigen Bedingnisse können hieramts und bei den k. k. Finanzwache-Commissionen dieses Finanzbezirkes eingesehen werden.

Bon der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Neu-Sandez, am 12. September 1862.

Wiener - Börse - Bericht

vom 16. September.

Öffentliche Schuldt.

A. Des Staates.

Geld	Maare
30. Dea. W. zu 5% für 100 fl.	66 60 66 70
Aus dem National-Antheile zu 5% für 100 fl.	83.— 83 10
Vom Jahre 1861. Ser. B. zu 5% für 100 fl.	71 10 71 20
Metalliques zu 5% für 100 fl.	63.— 63 25
dito. " 4½% für 100 fl.	136.75 137.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	185.40 186.00
" 1890 für 100 fl.	

Amtliche Erlässe.

3. 34976. Kundmachung. (4113. 3)

Vorlesungen

am k. k. polytechnischen Institute in Wien im Studienjahr 1862/3 und Vorschriften für die Aufnahme in dasselbe.

Organisation

Das k. k. polytechnische Institut enthält als Lehranstalt zwei Abtheilungen:

I. Die technische, in welcher die physikalisch-mathematischen Wissenschaften und deren Anwendung auf alle Zweige technischer Ausbildung gelehrt werden.

II. Die commercielle, welche alle Lehrgegenstände zur gründlichen theoretischen Ausbildung des Handels umfasst. — Außer diesen Abtheilungen befinden sich am Institute noch:

III. Der Vorbereitungs-Jahrgang für Jünglinge, deren Vorbildung den für die Aufnahme in die technische oder commercielle Abtheilung festgesetzten Bedingungen nicht entspricht und die wegen ihres vorgerückten Alters nicht mehr in eine Mittelschule gewiesen werden können.

IV. Die Gewerbszeichenschulen, in denen Jünglinge jeden Alters, welche sich irgend einem industriellen Zweige widmen, den jedem derselben entsprechenden Zeichenunterricht erhalten.

Ordentliche Lehrgegenstände

in der technischen Abtheilung:

Die Elementar-Mathematik: Professor Josef Kolbe.

Die reine höhere Mathematik: Prof. Fried. Hartner.

Die darstellende Geometrie: Prof. Johann Höning.

Die Mechanik und Maschinenlehre: Professor Regierung-Rath A. R. v. Burg.

Der Maschinenbau: diese neue Lehrkanzel ist gegenwärtig noch unbefestigt.

Die praktische Geometrie: Prof. Dr. Josef Herr.

Die Physik: Prof. Dr. Ferdinand Hessler.

Die Landbauwissenschaft: Professor Josef Stummer, wird supplirt.

Die Wasser- und Straßenbau-Wissenschaft: Professor Josef Stummer, wird supplirt.

Die Mineralogie, Geognosie und Paläontologie Professor Dr. Ferdinand von Hochstetter.

Die Botanik und Zoologie: Professor Dr. Andreas Kornhuber.

Die allgemeine technische Chemie in Verbindung mit eigenen Übungen in einem Laboratorium der analytischen Chemie: Prof. Dr. Anton Schrötter.

Die chemische Technologie in Verbindung mit praktischen Übungen in einem eigenen Laboratorium: Prof. Dr. J. Josef Pohl.

Die mechanische Technologie: Prof. k. k. Rath Jakob Reuter.

Die Landwirtschaftslehre: Prof. Dr. Adalbert Fuchs.

Das vorbereitende technische Zeichnen: Professor Johann Höning.

Das Blumen- und Ornamenten-Zeichnen: Professor Anton Fiedler.

In der commerciellen Abtheilung.

Die Handelswissenschaft: Prof. Dr. Herm. Blodig.

Das österr. Handels- und Wechselrecht: Professor Dr. Hermann Blodig.

Der kaufmännische Geschäftsstil: Professor Dr. Karl Langner.

Die Merkantil-Rechenkunst: Prof. Georg Kurzbauer.

Die kaufmännische Buchhaltung: Professor Georg Kurzbauer.

Die Waarenkunde: suppl. Professor Dr. Adolf Mächatschek.

Die Handelsgeographie: Prof. Dr. Karl Langner.

Außerordentliche Vorlesungen.

Die juristisch-politische und kammeralistische Arithmetik: vorgetragen von Vice-direktor Josef Beskiba.

Die Baumechanik: Professor und Ministerial-Ingenieur Georg Rebmann.

National-Oekonomie mit besonderer Berücksichtigung der Gewerbe und des Handels: Professor Dr. Hermann Blodig.

Die österreichische Gewerbgeskunde: Professor Dr. Hermann Blodig.

Die höhere Geodäsie und Methode der kleinsten Qua-

drate: Professor Dr. Josef Herr.

Analytische Chemie: Prof. Dr. Anton Schrötter.

Statistik für Handel und Gewerbe: Professor Dr. H. J. Brachelli.*

Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsllehre: Professor Dr. H. J. Brachelli.

Landwirtschaftliche Statistik und Gesetzkunde: Prof. Dr. H. J. Brachelli.

Über Kapitalien- und Rentenversicherungen: Privat-

Dozent Karl Hessler.

Über chirurgische Hilfsleistungen bei sich ereignenden

Unglücksfällen: Dozent Dr. Johann Kugler.

Über Kalligraphie: Dozent Jakob Klaps.

Über Stenographie: Dozent Joh. Mar. Schreiber.

Deutsche Literatur: Dr. Franz Stark, Privat-Dozent

an der k. k. Universität.

Gerhard'sche Theorie der Alkohola: Dozent Alexander Bauer.

Pflanzenphysiologie: Dozent Dr. Julius Wiesner.

Unterricht in fremden Sprachen.

Die türkische Sprache: Prof. Moriz Wickerhauser.

Die persische Sprache: Prof. Heinrich Barb.

Die vulgär-arabische Sprache: Lehrer Anton Hassan.

Die italienische Sprache und Literatur: Lehrer Franz Benetelli.

Die englische Sprache und Literatur: Dozent Johann Högel.

Die französische Sprache und Literatur: Lehrer Georg Legat.*

Die obligaten Lehrgegenstände für den Vorbereitungs-Jahrgang sind:

Die Elementar-Mathematik.

Die Experimental-Physik.

Die Naturgeschichte aller drei Reiche der Natur.

Die Stylistik.

Das vorbereitende Zeichnen.

Der Unterricht in der Gewerbs-Zeichnenschule umfasst:

Das vorbereitende Zeichnen.

Das Manufacturzeichnen.

Das Zeichnen für Baugewerbe und Metallarbeiter.

Das Zeichnen für Maschinen und deren Bestandtheile.

Populäre Vorträge an Sonn- und Feiertagen mit freiem

Zutritte für Federmann:

Über Arithmetik.

Über Geometrie.

Über Mechanik.

Über Experimental-Physik.

Vorschriften

für die Aufnahme in das k. k. polytechnische Institut.

I. Allgemeine Vorschriften:

Die Aufnahme als ordentlicher oder außerordentlicher Hörer findet vom 25. September bis 1. Oktober

Mittags in der Directions-Kanzlei statt.

Die sich später Melbenden können nur dann, wenn sie hinreichende Ursachen ihres späteren Erscheinens gehabt nachgewiesen haben, bis zum 15. October inclusive aufgenommen werden.

Über diesen Termin hinaus findet, selbst im Falle der Krankheit keine Aufnahme mehr statt.

Matrikelscheine können nur den persönlich erscheinenden Hörern ausgestellt werden.

Jeder neu Aufzunehmende muss sich über seine Beschäftigung bis zur Aufnahmeszeit mit Bezeugnissen ausweisen, und die zu einem erfolgreichen Besuch der Vorlesungen notwendige Kenntnis der deutschen Sprache besitzen, worüber in zweifelhaften Fällen eine Prüfung am Institute der Aufnahme vorhergeht.

Die Aufnahme muß jedes Jahr erneuert werden.

Für die Immatrikulierung ist die Taxe von 4 fl. 20 kr. ö. W. nebst 36 kr. Stempelgebühr sogleich in die Institutskasse zu entrichten.

II. Für die Immatrikulierung als ordentlicher Hörer:

Um als ordentlicher Hörer der technischen oder kommerziellen Abtheilung aufgenommen zu werden, muss man die Realschule mit 6 Jahrgängen oder das Obergymnasium mit 8 Jahrgängen oder den Vorbereitungsjahrgang am Institute mit wenigstens erster Fortgangsklasse in allen Lehrfächern absolviert haben, oder sich in besonderen Fällen einer Aufnahmeprüfung mit gutem Erfolge unterzogen.

III. Für die Immatrikulierung als außerordentlicher Hörer:

In Bezug auf das Lebensalter wird für die Aufnahme in diesen beiden Abtheilungen wenigstens das vollendete 16te Jahr gefordert. Jeder Student in diesen beiden Abtheilungen kann sich die Lehrfächer wählen, mit ihnen auch jedes einzelne Fach mit jedem andern aus beider Abtheilungen verbinden, insoferne es sich über die für dieselbe erforderlichen Vorkenntnisse, wie dieselben bei jedem Lehrgegenstande in dem Programme angeführt sind, auszuweisen vermag und dadurch keine Kollision der Lehrstunden entsteht. Wer kein Prüfungszeugnis besitzt, muss doch eine Frequentations-Verteilung vorlegen, dies auch dann, wenn er nachträgliche Prüfung anzusuchen beabsichtigt.

Beide Bauwissenschaften können in einem und demselben Jahre nicht gehört werden, außer wenn durch ein Prüfungs- oder Frequentationszeugnis erwiesen ist, daß die Landbauwissenschaft nur wiederholt wird.

Kein Hörer darf den mit seinem Lehrgegenstande verbundenen Zeichnungsunterricht eigenmächtig versäumen, nur die Direction kann bei besonderen Gründen die Enthebung vom Zeichnen bewilligen.

Die Hörer der Elementar-Mathematik sind zu Besuch des vorliegenden Zeichnungsunterrichtes verpflichtet.

Aus dem Vorbereitungsjahrgange ist das Aufsteigen unmittelbar in die höhere Mathematik nicht gestattet.

Die Zeit für die Aufnahmeprüfungen wird durch Anschlag in der Vorhalle bekannt gemacht, und jede solche Prüfung muss in der für sie unmittelbar notwendigen Zeit vollendet sein.

Jeder sich um eine solche Prüfung Bewerbende muss einen Ausweis über seine Beschäftigung seit dem vollendeten 10. Lebensjahr mit allen Zeugnissen vorlegen.

Wer seine geregelte Vorbildung an einem Gymnasium oder einer Realschule unterbrochen hat, kann zur Aufnahmeprüfung nur nach Verlauf jener Anzahl Semester, welche zur Absolvierung eines Obergymnasiums oder einer Oberrealschule nach seiner Unterbrechung gesetzlich noch erforderlich gewesen wären, zugelassen werden.

Das Unterrichtsgeld für die technische oder kommerzielle Abtheilung ist in halbjährigen Raten zu 12 fl. 60 kr. ö. W. und zwar die erste Rate zugleich mit der

Immatrikulirungs-Gebühr, die zweite spätestens bis 1. Mai des Studien-Jahres zu leisten.

Die Bedingungen, unter welchen die Befreiung vom Unterrichtsgeld angesehen werden kann, sind mittelst Anschlag in der Vorhalle des Institutsgebäudes kundgemacht.

Die an dem practischen Cuse in einem der beiden analytischen Laboratorien Theilnehmenden haben dem betreffenden Herrn Leiter des Laboratoriums mit dem Beginne eines jeden halben Jahres 21 fl. österr. Währ. zu entrichten.

Einige Arbeitsplätze in jedem Laboratorium werden an mittellose Hörer gegen nur 10 fl. ö. W. jährlicher Leistung verliehen.

III. Für die Immatrikulierung als außerordentlicher Hörer:

Als außerordentlicher Hörer werden nur jene aufgenommen, welche eine selbständige Stellung haben, k. k. Offiziere oder Unteroffiziere, Staats- oder Privatbeamte, auch Hörer einer höheren Lehranstalt, welche zu ihrer weiteren Ausbildung als Freunde der Wissenschaft ein oder mehrere Fächer zu hören beabsichtigen.

Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der technisch-chemischen Industrie werden ausnahmsweise als außerordentliche Schüler der technischen Technologie auch Jünglinge zugelassen, welche sich zwar noch keiner selbstständigen Stellung erfreuen, die jedoch diesen Unterricht zu ihren praktischen Zwecken bedürfen, worüber sie sich bei der Direction gehörig auszuweisen haben. Derlei Schüler können auch während des Schuljahres aufgenommen werden.

Kein ordentlicher Hörer kann gleichzeitig außerordentlicher sein.

Der außerordentliche Hörer hat sich seiner Aufnahme wegen gleichfalls in der Directionskanzlei zu melden, er ist des Beweises seiner Vorkenntnisse entbunden, kann aber auch kein amtliches Prüfungszeugnis, sondern nur ein von der Direction vidiertes Frequentationszeugnis oder ein Privat-Prüfungszeugnis seines Professors ansprechen.

Jeder außerordentliche Hörer hat bei der Immatrikulierung die erste Hälfte, und spätestens bis 15. März die zweite Hälfte des Unterrichtsgeldes mit je 12 fl. 60 kr. ö. W. zu erlegen widerigenfalls ihm der Besuch untersagt ist.

Die Befreiung vom Unterrichtsgeld wird nur in seltenen Fällen bewilligt und in der mittelst Anschlag in der Vorhalle des Institutsgebäudes kundgemachten Weise

IV. Für die Zulassung als Guest.

Als Gäste werden diejenigen Individuen von selbständiger Stellung zugelassen, welche nur einen kleinen Cyclus von Vorlesungen, der keinen vollen Lehrgegenstand umfaßt, zu hören beabsichtigen. Die Zulassung als Guest ertheilt der betreffende Professor insoferne, als es die Anzahl der ordentlichen Raum gestattet, und der Erfolg des Unterrichtes in dem betreffenden Hörsaal oder Laboratorium nicht gefährdet wird.

V. Für die Aufnahme in den Vorbereitungs-Jahrgang:

Als Schüler des Vorbereitungs-Jahrganges werden jene aufgenommen, welche: a) 18 Jahre zurückgelegt haben, oder dieses Alter noch bis letzten December 1863 erreichen, und b) die sich bereits einem gewerblichen oder industriellen Geschäfte während eines Zeitraumes gewidmet haben, welcher zur Erlernung derselben nach den bestehenden Vorschriften gefordert oder als notwendig anzuerkannt wird. In zweifelhaften Fällen darf dieser Zeitraum ein weniger als zwei volle Jahre betragen; c) die entweder durch legale Zeugnisse oder durch eine Vorprüfung wenigstens den Besitz der zu einem möglichen Fortgang in diesem Jahrcuse nöthigen Vorkenntnisse nachweisen. Andere Aufnahmewerber sind an die Realschulen abzulegen.

In den Vorbereitungs-Jahrgang werden weder außerordentliche Hörer noch Gäste zugelassen.

Die Schüler des Vorbereitungs-Jahrganges sind zum Erlage der Aufnahmestaxe von 4 fl. 20 kr. ö. W. nebst Stempelgebühr, und eines Unterrichtsgeldes von 6 fl. 30 kr. ö. W. für jedes Halbjahr verpflichtet, welches und zwar die erste Rate gleich bei der Immatrikulierung, die zweite spätestens bis 1. Mai entrichtet sein muss.

VI. Für die Aufnahme als Hörer außerordentlicher Lehrgegenstände für den Unterricht in Sprachen und für Gewerbszeichenschulen:

Diese Aufnahme bleibt den betreffenden Professoren oder Lehrern überlassen, und ist auch im Laufe des Jahres gestattet.

Für dieselbe ist weder eine Taxe noch ein Unterrichtsgeld an die Institutskasse zu entrichten.

Die Direction des k. k. polytechnischen Institutes.</

tami spornemi publiczną sprzedaż realności w Rzeszowie pod l. 133/31 położonej a Franciszkowi Pisze jak dom. 4 pag. 91 n. 1 haer. własnej w drodze ekzekucji w dwóch terminach t.j. dnia 30 września 1862 i 28 października 1862 każdą razą o godzinie 10 z rana w tutejszem c. k. sądzie obwodowym pod następującymi warunkami przedsięwzięta będzie.

1. Do przedsięwzięcia tej licytacji wyznaczają się dwa terminy na dzień 30 września 1862 i na dzień 28 października 1862 każdą razą o godzinie 10 z rana w c. k. sądzie obwodowym w Rzeszowie.

2. Za cenę wywołania stanowi się wartość szacunkowa w sumie 227 zł. 40 c. i realność ta przy powyższych dwóch terminach niżej tej ceny sprzedana nie będzie.

3. Każdy chęc licytowania mający winien jest przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej kwotę 30 zł. w gotówce jako vadium złożyć, które najwięcej ofiarującemu w cenie kupna wliczone — innym licytantom zaś po skończonej licytacji zwrócone zostanie.

O tej przez edykta i gazetę krakowską rozpisanej licytacji zawiadamia się egzekwenta i egzekutkę jako oświadczoną sukcesorkę dłużnika Franciszka Pichy oraz wierzycieli hipotecznych a mianowicie z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, zaś z miejsca pobytu nieznajomych jako to: Andrzeja Gergowicza, Frydryka Hoxa i Karolinę Brzezińską jak również tych, którzy by po dniu 12 listopada 1861 t. j. dnia wydania extractu tabularnego do hipoteki weszły, lub których uchwała licytacyjne dozwalażąca, lub później, z jakiego bądź powodu doręczone być mogły przez ustanowionego w osobie p. adwokata Dr. Reinerę, kuratora, któremu się pan adwokat Dr. Zbyszewski substytuuje.

Rzeszów dnia 22. Sierpnia 1862.

N. 6919. Obwieszczenie. (4132. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski uwiadamia że w celu zaspokojenia wywalczonej przez Stanisława Strzeleckiego przeciw Marii Wilżynie w roku bylego c. k. sądu szlacheckiego Tarnowskiego z dn. 27 grudnia 1852 l. 16238 kwoty 1750 zł. 8½ kr. w. w. czyli 700 zł. 3 kr. m. k. czyli 735 zł. 5 c. wraz z procentami 4 od st. od 6 kwietnia 1852 kosztami sporu w kwocie 36 zł. 30 kr. m. k. czyli 38 zł. 32 ½ c. kosztami egzekucji 4 zł. 37 kr. m. k. czyli 4 zł. 84¾ c., 20 zł. 7 c. następnie za niniejszą egzekucyjną prośbę przyznanymi kosztami egzekucyjnymi w kwocie 43 zł. 34 c. — egzekucyjne sprzedział jednej/dziewiątej (1/9) części n. dom 137 p. 48 n. 129 on. Marii Wilżynie mylnie Wilczyna czyli Wildczyna zwanej własnej trzeciej części dom 83 p. 379 n. 25 et 26 na dobrach Chorzelów z przyległą zabezpieczoną sumą 6000 zł. z przyn. następnie jednej/dziewiątej części ut. dom. 137 pag. 48 n. 129 on. wspomnionej Marii Wilżynie czyli Wilczyna czyli Wildczyna własnej trzeciej części dom. 83 p. 407 n. 60 on. na dobrach Chorzelów z przyległą zabezpieczoną kwotą 500 # wraz z przynal. w celu przedsięwzięcia takowej wyznaczają się dwa terminy a mianowicie dzień 15 października i 14 listopada 1862 każdy raz o godzinie 10 przedpol. z tym dodatkiem że jako cenę wywoławczą wartość nominalną obydwoch sprzedać się mających sum a mianowicie 669 zł. czyli 175 zł. 56⅓ c. odnośnie do pierwszej sumy — odnośnie do drugiej 55% # podług kursu prawnego po 4 zł. 30 kr. m. k. rachując, 262 zł. 50 c. się przyjmuje, — że waduim w kwocie 17 zł. 56⅓ c. i 26 zł. 25 c. łącznie 43 zł. 81⅓ c. ma się złożyć, a te sumy w obydwoch terminach tylko za lub też wyżej ceny wywoławczej sprzedane zostaną. Zarazem zostaną w przypadku, gdyby w tych dwóch terminach wymienione sumy zaową imienną wartość sprzedaje być niemożliwy, na drugim terminie sprzedaży warunki ulżywające ułożone.

Na tę sprzedaż przymusową zaprasza się chęć kupienia mających z tym dodatkiem, że dalsze warunki sprzedaży, tudzież wyciąg hipoteczny u c. k. notaryusa Janochy, którego do przeprowadzenia tej licytacji się przeznacza, mogą być przejrzone.

Oczem się niniejszym edyktem wszystkich wierzycieli hipotecznych a mianowicie z życia i miejscowością pobytu niewiadomych jako, Kazimierza Wohlebera, Nuchim Judkiewicza; masę spadkową Franciszka Sadowskiego, Hieronima Sadowskiego, Teklię Sadowską, Maryę hr. Tarnowską jako spadkobierczynię Michała hr. Tarnowskiego, Maryę de Sadowskie, Muszyńską, 20 voto Jelską, Pelagię Trębicką, Maryę z Trębickich hr. Borkowską, Jana Potockiego Józefę Podhorodeńską czyli Podhorodecką mylnie Potkanską zwanej Konstantego Dowbor, Kazimierza Boguckiego właściwie tegoż masę spadkową, Rafała Boguckiego, Walerego Boguckiego, Ignacego Romanowicza, Laurę czyli Lauretę Bogucką, masę spadkową Jana Bohdana hr. Tarnowskiego, Józefa hr. Małachowskiego, Petronę z Szolajskich Trylską, Eleonorę hr. Skarbek, Stanisława br. Hadziewicza, Dawida Haislera czyli Hesslera, Jana Reiss, Stanisława Kropiwnickiego, Zofią Jelowicką, Michała Giszowskiego, Anastazego Tuppo, Tomasza Tuppo, następnie tychże, którychby niniejsza uchwała albo przed terminem licytacyjnym lub też wcześnie nie-

została doręczona, jakotież tychże wierzycieli którzy po dniu wykończonego wyciągu hipotecnego z dnia 27 stycznia 1861 z swemi pretensjami do hipoteki wstępują na ręce kuratora w osobie adwokata Dra Stojafowskiego z substytucją adwokata Dra Jarockiego ustanowionego.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 18 sierpnia 1862.

L. 16447. E dy k t. (4126. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem panią Ksawerę Lastawiecką, z miejsca pobytu niewiadomą że przeciw nijej na dniu 26 sierpn. 1862 do 1. 16447 pan Franciszek Prochowski o zapłacenie sumy wekslowej 150 zł. 90 c. z przynależystiami wniosł pozew.

Gdy miejsce pobytu pozwanej pani Ksawery Lastawieckiej nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanej jak również na koszt i bezpieczeństwo jej, tutejszego adwokata p. Dra Witskiego z zastępstwem adwokata p. Dra Geisslera kuratorem nieobecnej ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanej, aby w zwyczaju oznamowanym czasie albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nijej zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrała i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniosła w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisać musiała.

Kraków, dnia 1 września 1862.

N. 13691. Obwieszczenie. (4131. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pod dniem 29 sierpnia r. b. do l. 13691 pp. Karol Wilczyński i Teżreya Pohlmanowa jako matka i opiekunka małoletnich Marcela Pawła dw. imion i Marii Anieli dw. im. Pohlmanów przeciw p. Józefowi Skibniowskiemu co do życia i miejsca pobytu niewiadomemu lub spadkobiercom onegoż również niewiadomemu o ekstabilacjy prawa dzierżawy dóbr Kozieniowa i innych praw w stanie biernym tychże dóbr n. 25 on. intabulowanych skargę wniesli i o pomoc sądową prosili, w skutek czego termin do ustnego postępowania na dzień 27 listopada 1862 o godzinie 10 rano wyznaczony został.

Ponieważ pobyt pozwanej, jak również jego spadkobierców nie jest wiadomym, przeto przeszczęśliwy Sąd dla zastępstwa na koszt i bezpieczeństwo pozwanej tutejszego adwokata p. Dra Rutowskiego z substytucją adwokata p. Dra Stojafowskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się pozwanej, aby w przeznaczonym czasie albo się sam oso-bicie stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonym zastępcy udzielił lub też innego obrońce obrał i tutejszemu sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczej z ich opóźnienia wynikłe skutki sam sobie przypisać musiała.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 4 września 1862.

N. 12685. E dy k t. (4130. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym czyni wiadomo, że na dniu 28 stycznia 1862 r. w Trześni, Konstanty Turkiewicz zmarł, z pozostaaniem rozporządzenia ostatniej woli, w którym braci swych Jana i Józefa Turkiewiczów dziedzicami swemi ustanowił, (a który prawdopodobnie na Wołyniu ces. rosyjskim mieszkać mają). Ponieważ c. k. sądowi miejsce pobytu pp. Jana i Józefa Turkiewiczów nie jest wiadomem, przeto wzywa się tychże, aby w przeciągu jednego roku, rachując od dnia niniejszego edyktu do sądu tutejszego się zgłosiły i oświadczenie swe do spadku wniesły, w przeciwnym razie spadek z oświadczeniem się sukcesorami i z ustanowionym kuratorem p. adwokatem Dr. Kaczkowskim przeprowadzony będzie.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 27 sierpnia 1862.

N. 1329. Obwieszczenie. (4121. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Myślenicach niniejszym edyktem, wiadomo czyni, iż Ludwik Saletnik z Polanki przeciw Antoniemu Saletnickiemu z miejsca pobytu niewiadomemu o uznaniu 1) że dekretem dziedzictwa z 12 lipca 1842 l. 1427 przyznano pozwanej 2/8 czyli 6 zago-nów roli małej; 2) że pozwany cesaż z 8 listopada 1859 ten sam grunt powodowu odstąpił; 3) że powód za właściciela tegoż gruntu intabulowany być ma; powez na dzień 24 lipca 1862 do l. 1329 wniosł, i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin na dzień 26 września 1862 o godzinie 9 rano przed południem wyznaczony jest.

Ponieważ pobyt pozwanej niewiadomy jest, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i bezpieczeństwo pozwanej tutejszego

Jana Hołuja z Polanki na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktem przypomina się pozwanej, aby w przeznaczonym czasie albo się sam oso-bicie stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonym zastępcy udzielił, lub też innego obrońce obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczej z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisać musiał.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.
Myślenice, dnia 10 sierpnia 1862.

3. 468. Ankündigung. (4138. 3)

Für das k. k. prov. Berg- und Hüttenamt Swoszowice sind nachstehende Materialien erforderlich, wegen deren Sicherstellung am 23. September 1862 eine öffentliche Licitation stattfinden wird, als:

1200 geschnitten tannene Platten 30 lang, am Dünndende 8" breit, 4" dick.
3000 tiefene Schwartlinge 30 lang, 10" breit 2" dick.
2500 tannene 30 10 2" "

1200 gesäumte Gestängbretter 20 lang, 10" breit, 2" dick.

200 tannene gesäumte Gestängbretter 30 lang, 12" breit, 1 1/4" dick.

150 tannene gesäumte Gestängbretter 30 lang, 12" breit, 1 1/4" dick.

150 tannene gesäumte Gestängbretter 30 lang, 12" breit, 1" dick.

150 Schok große Färböden 19 1/2" im Durchmesser.

1700 Schok gespalte Fästaufeln 38" lang, 3 — 4" breit, 1/2" dick.

1480 Schok Färtzen zu 78" lang, 3/4 breit.

85 Zentner Heu.

180 Mehen Hafer.

20 Stämme tannenes Buchenholz Großmast 70 lang, am Dünndende 10" stark.

60 Stämme tannenes Bauholz Mittelmast 70 lang, am Dünndende 8" stark.

200 tannene Sparren zu 50 lang, am Dünndende 5" stark.

200 tannene Sparren zu 50 lang, am Dünndende 4" stark.

Lieferungslustige werden hiervon mit dem Beifahrer verständigt: daß sie hierauf versiegeln, von Außen mit dem Worte: „Lieferungsanbot“ bezeichneten Offerten, welche mit dem zur Sicherstellung des Antrages erforderlichen Reugelde von 10% des ganzen Offerbetrages versehen sind, in der k. k. Berg- und Hüttenamtskanzlei zu Swoszowice längstens bis 23. September 1862 Mittags 12 Uhr bei dem Herrn Amtsverstande einbringen können.

Jeder Offerent hat seinen Anteil mit Ziffern und Wörtern deutlich anzusehen, und die Erklärung beizufügen: daß er sich den diesbezüglichen Licitations- und beziehungswise Lieferungsbedingnissen, welche in der offensagten Kanzlei einzusehen sind, genau unterziehen will.

Bon dem k. k. prov. Berg- und Hüttenamte.

Swoszowice, am 9. September 1862.

3. 2661. Einberufungs-Edict (4107. 3)

Von der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau wird der in Krakau gebürtige Nicolaus Łacki, welcher sich unbefugt im Königreich Polen aufhält, in Gemäßigkeit des a. h. Patent vom 24. März 1832 § 32 aufgefordert, binnen drei Monaten vom Tage der Einschaltung dieses Edictes in dem Amtsblatte der Krakauer Zeitung angefangen, in seiner Heimat zu erscheinen, um sich wegen der unbefugten Abwesenheit zu verantworten.

Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist, wird gegen denselben das weitere gesetzliche Verfahren stattfinden.

Krakau, am 15. August 1862.

Nr. 2661. Edikt powoławczy.

Ze strony c. k. Komisji Namiestniczej w Krakowie Mikołaj Łacki rodem z Krakowa w Królestwie Polskiem bez uprawnienia przebywający — stosownie do Najwyższego Patentu z dnia 24 marca 1832 §. 32 wezwany zostało, aby się w przeciągu trzech miesięcy poczawszy od dnia umieszczenia Edyktu tego w części urzędowej Dziennika Krakowskiego („Krakauer Zeitung“) w miejscu pochodzenia swego stawił i względem nieuprawnionej nieobecności sprawę zdał.

Po bezskutecznym upływie tego terminu przeciwnik Mikołajowi Łackiemu według praw dalej po-stąpienie będzie.

Kraków, dnia 15 sierpnia 1862.

N. 5245. E d i c t. (4134. 3)

Vom k. k. Kreisgerichte zu Rzeszów wird bekannt gegeben, es habe Bernhard Engländer gegen Jonas Brandstätter aus Rudnik eine Klage gegen Zahlung einer Wechselsumme per 224 fl. öst. W. s. N. G. am heutigen Tage überreicht in Folge dessen dem Johann Brandstätter da sein Aufenthalt unbekannt ist als Curator der Hr. Dr. Jur. Lewicki mit Substitution des Hrn. Dr. Zbyszewski bestellt, und jenem die Klage

Hieronimie veranlassen und dem Gerichtshofe von Rzeszów, 4. September 1862.

ung das Nötigste veranlassen und dem Gerichtshofe von seinem Aufenthalte Kenntnis geben.

Rzeszów, 4. September 1862.

Edict.

(4135. 3)

Bom k. k. Kreisgerichte zu Rzeszów wird bekannt gegeben, es habe Bernhard Engländer gegen Jonas Brandstätter aus Rudnik eine Klage wegen Zahlung einer Wechselsumme per 210 fl. 36 kr. öst. W. s. N. G. am heutigen Tage überreicht; in Folge dessen von Jonas Brandstätter da sein Aufenthalt unbekannt ist, als Curator Herr Jur. Dr. Lewicki mit Substitution des Hrn. Dr. Jur. Zbyszewski bestellt, und jenem die Klage seit dem gleichzeitigen erlassenen Aufräge zur Zahlung oder im Falle der Einwendungen zur Sicherstellung zu gestellt worden ist.